

Der Rückzug des Gewerkschaften aus der Mobilisierung gegen die Agenda 2010 schafft für die politische und soziale Linke in Deutschland eine neue, schwierige Situation.

Zwischen Euphorie und Kater

Über linke Schwierigkeiten mit der Mobilisierung

In letzter Minute hat sich Attac doch noch aufgerafft, die bundesweite Demonstration gegen die Agenda 2010 am 1. November in Berlin aktiv zu unterstützen. Das ist höchst begrüßenswert; dennoch zeigt die gemeinsame Erklärung zweier führender Attac-Mitglieder, aber auch die Debatte auf und nach der Aktionskonferenz Ende August, dass die Linke in Deutschland vor einer Neuorientierung steht.

Die Agenda 2010 ist ein Systembruch, das haben viele gesagt. Sie stellt die materielle Grundlage des sozialen Konsenses in Frage, wie er nach dem Krieg formuliert wurde. Damals sicherten die Besatzungsmächte die Fortexistenz der bürgerlichen Herrschaft; der Preis dafür war die Herstellung weitgehender materieller Sicherheit für die abhängig Beschäftigten und weitgehende Rechte für Gewerkschaften und Betriebsräte – soweit sie willig waren, sich in das Korsett von Antikommunismus und Sozialpartnerschaft zu fügen.

Heute sind einige Grundvoraussetzungen für den Konsens gefallen. Dafür tobt der Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile in einer globalisierten Wirtschaft, und die Unternehmer sehen kein Hindernis mehr, diese Lasten voll auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen. Wenn die Gewerkschaften dem nicht zustimmen, wird ihnen umstandslos bedeutet, man brauche sie nicht mehr. Ein Fundament bricht zusammen, aber das

Massenbewusstsein hat Schwierigkeiten, diesen Vorgang in seiner ganzen Tragweite zu verstehen und darauf zu reagieren.

Viele Menschen, die auch weiterhin unbefristete Arbeitsverträge haben, wähnen sich noch in Sicherheit, während andere, die schon in prekärer Beschäftigung, erwerbslos oder in Rente sind, sich bedroht fühlen und vereinzelt, verlassen und ohnmächtig. Immer noch gibt es Umfrage-mehrheiten, die die Streichung der Arbeitslosenhilfe für richtig halten, während die Streichung des Krankengelds auf überwältigende Ablehnung stößt.

Dass die neuen Vorschläge für den Kündigungsschutz geeignet sind, auch Stammebelegschaften schneller in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, und dass Arbeitslose sich nach Hartz nicht mehr jahrelang irgendwie durchmogeln können, sondern nach kürzester Zeit schutzlos auf dem Zahnfleisch laufen, ist noch gar nicht richtig ins Bewusstsein gedrungen. Der Chor der Medien verkündet geschlossen, »wir« könnten uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, und meinen damit, dass es zur Bereicherung der Reichen keine Alternative gibt. Über den Inhalt, jedenfalls aber über die Folgen der Agenda für die Einzel-

nen schweigen sie sich zumeist aus.

Das sind einige der Gründe, warum der grobe Klotz derzeit nicht mit einem groben Keil beantwortet wird. Jeden Tag wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben, aber die Protestaktionen sind klein. Widerstand formiert sich an vielen Orten, aber er ist gering und es gibt keinen Grund anzunehmen, wie durch ein Wunder würden am 1. November auf der zentralen Demonstration in Berlin auf einmal Zehn- oder gar Hunderttausende zusammenströmen. Wer das meint, wie einige Gruppen der radikalen politischen Linken, der hat die neuen Herausforderungen noch nicht begriffen.

Ob der Kreis derer, die sich betroffen oder bedroht fühlen, groß oder klein ist, hängt immer noch davon ab, ob große Organisationen wie die Gewerkschaften oder die Wohlfahrtsverbände oder die Kirchen ihre Anhänger aufklären und mobilisieren. Wie aber ist das mit Hartz und Rümpf gelaufen? Da saßen/sitzen die Gewerkschaften mit in der Regierungskommission; sie wie auch die Wohlfahrtsverbände haben vor der letzten Bundestagswahl Hartz abgenickt, mit dem windigen Versprechen, an der Arbeitslosenhilfe würde nicht gerüttelt; nach den Wahlen wurde es sofort wieder fallen gelassen. Die Kirchen haben sich auf die Seite derer geschlagen, die eine »Reform« des Sozialstaats für unabwendbar halten; die Regierungslinke zeichnet verantwortlich für die Politik und die PDS fällt als Oppositionspartei aus. Da bleiben nur noch soziale und politische Kleinstkräfte übrig, und die sind zu allem Überfluss zersplittert. Das deutsche Sozialforum, das in der Lage gewesen wäre, den zersplitterten Protest zu bündeln, gibt es noch nicht.

Auch Attac zeichnet die Situation zu rosig. Im Februar auf dem Göttinger Ratschlag wurde die kontroverse Unterschrift unter das »DGB-Venro-Papier« damit begründet, »die Gewerkschaften« würden sich damit in Distanz zur SPD und auf Attac zubewegen. Große Hoffnungen schimmerten durch, einen neuen Bündnispartner gefunden zu haben. Diese Hoffnun-

gen haben im Sommer einen mehrfachen Dämpfer erhalten: Die Gewerkschaften haben im Mai halbherzig mobilisiert, sind nach dem »Trotz allem weiter so« Schröders auf dem SPD-Parteitag eingeknickt und geben jetzt zum besten, an eine bundesweite Mobilisierung im Herbst würden sie nicht denken. Hinzu kommt die gewaltige Niederlage der IG Metall im Tarifkampf, die jede Vorstellung von einer Durchsetzung weiterer Arbeitszeitverkürzung erst einmal auf den St. Nimmerleinstag verschiebt. Der Richtungskampf in der IGM ist alles andere als ausgestanden, die u. a. auch von Attac prognostizierte »historische Ablösung der Gewerkschaften von der SPD« längst nicht vollzogen.

Die Schlussfolgerung, die die genannte Attac-Erklärung zieht, ist paradox: Zum einen betont sie, eine bundesweite Demonstration, an der sich »nur ein paar Zehntausend Leute« beteiligen, wäre ein Flop. Zum anderen überbetont sie die Tendenzen des Protests und diskutiert nicht die Schwierigkeiten, die das Massenbewusstsein notwendigerweise damit hat, nachzuvollziehen, dass der gesellschaftlichen Konsens zusammenbricht, dass es sich von diesem Trümmerhaufen aber nicht begraben lassen darf, sondern Ansatzpunkte für eigenes Handeln daraus gewinnen muss. Die Abnabelung von der Schröderpolitik ist auch eine Abnabelung von den traditionellen Großorganisationen, SPD wie Gewerkschaften, für die es noch keinen Ersatz gibt, nicht einmal ansatzweise. Man darf sich nicht wundern, dass dies ein langwieriger, komplizierter Prozess wird, und er erfordert mehr als schwungvolle Aufrufe und die »richtige politische Linke«.

Eine Alternative wird man nicht aufbauen können, wenn man darauf verzichtet, als Subjekt zu agieren. Eine bundesweite Demonstration ist schon die richtige Antwort; wir müssen nur die geeigneten Formen finden, die »normale Menschen« auch ansprechen.

Angela Klein

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97
redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Ich bestelle eine

- kostenlose **Probeausgabe**
 Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

Name Anschrift

Ausschneiden und einsenden an: SoZ, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln

Was will die SoZ?

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) setzt sich zum Ziel, publizistisch dazu beizutragen, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes und verächtliches Wesen ist.

Sie versteht sich deshalb als Teil der emanzipatorischen Bewegungen, deren Ziel die Befreiung der Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, Entfremdung und Gewalt ist.

Der Kampf für umfassende Emanzipation kann nur erfolgreich sein, wenn die unterdrückten und entfremdeten Menschen sich für ihre eigenen Interessen und gegen Unterdrückung und Erniedrigung selbst engagieren. Deshalb verteidigt die SoZ demokratische Ansprüche individueller wie kollektiver Art und bekämpft alle Formen ausgrenzender Diskriminierung (Chauvinismus, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus usw.) in der bürgerli-

chen Gesellschaft wie auch innerhalb linker Organisationsformen.

Der Kampf für umfassende Emanzipation in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird nicht zuletzt entlang des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital geführt. Deshalb versteht sich die SoZ als grundsätzliche Gegnerin der weltweit vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft und ergreift Partei für die gegen Profitstreben und Konkurrenzkampf streitenden abhängig Beschäftigten.

Es gibt Widersprüche, die nicht auf den Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital zu reduzieren sind – die Geschlechterfrage und die Ökologiefrage bspw. oder die Missachtung demokratischer Rechte von besonders unterdrückten und benachteiligten Bevölkerungsteilen. Deren praktische und theoretische Bearbeitung erfordert eigenständige Mittel. Ihre besondere Ausformulierung erfahren diese Widersprüche durch die bürgerliche Gesell-

schaft und den sie zentral durchziehenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es bedarf deswegen einer neuen, sich nicht selbst herstellenden Einheit in der Vielfalt, eines neuen Bündnisses von demokratischen und sozialistischen Kämpfen.

Da der Kampf um umfassende Emanzipation ein internationaler ist und letzten Endes auch nur dann erfolgreich sein kann, wenn er als internationalistischer weltweit geführt wird, versteht die SoZ die Förderung internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit als eine besondere Aufgabe der Zeitung.

Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft. Ihre ökonomische Grundlage kann nur sein: eine demokratisch geplante, selbstverwaltete Wirtschaft, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – anstatt am Profit der Unternehmer und Banker oder den Privilegien der Bürokraten. Ihre politische Grundlage kann nur sein: Die Verwirkli-

chung der breitesten Demokratie, die Selbstbestimmung der Produzenten und die Selbstorganisation all derer, die einer besonderen Form der Unterdrückung unterliegen. Ziel muss also eine Gesellschaft sein, die im Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft und zu den ehemaligen bürokratischen Regimen (in der Ex-DDR, der Ex-UdSSR, in China usw.) steht. Sozialistische Demokratie kann sich nur da entwickeln, wo individuelle Rechte garantiert und erweitert werden, wo sich politische, soziale und kulturelle Demokratie entwickeln kann, ohne auf Grenzen von Macht und Herrschaft zu stoßen.

Eine solche Gesellschaft von morgen wird in den Kämpfen von heute aufgebaut. Die SoZ als eine von Parteien unabhängige Zeitschrift tritt in diesen Kämpfen für die Einheit der sozialistischen Kräfte und für den Aufbau einer organisierten Gegenmacht ein, die uneingeschränkt für diese Ziele steht.

Auszug aus dem Redaktionsstatut der SoZ